2013-07-10

Stadt Dessau-Roßlau
Zerbster Straße 4
06844 Dessau-Roßlau
Tel.: 0340/2040

N i e d e r s c h r i f t

über die Sitzung des Haupt- und Personalausschusses am 30.11.2011

Sitzungsbeginn: **16:30 Uhr**
Sitzungsende: **22:15 Uhr**
Sitzungsort: **Raum 228, Rathaus Dessau**

Es fehlten:

Öffentliche Tagesordnungspunkte

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit

Die Sitzung wurde durch den Oberbürgermeister eröffnet. Die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit (derzeit 6 anwesende Mitglieder) des Gremiums war gegeben.

Zu Beginn bat **Herr Koschig** die Mitglieder des Ausschusses, sich im Gedenken an den am vergangenen Dienstag verstorbenen Ehrenbürger der Stadt, Herrn Klaus-Joachim Sachsenberg, von den Plätzen zu erheben. Er habe sich seit dem Fall der Mauer sehr verdient gemacht, zunächst um den Stadtteil Roßlau und dann um die Doppelstadt.

2 Beschlussfassung der Tagesordnung

Herr Koschig teilte mit, dass die Bewerberin Antje Garbe telefonisch den heutigen Termin abgesagt habe, weil sie als Ombudsmann zu Gericht geladen worden ist. Insofern sei Gelegenheit, hier im nichtöffentlichen Teil der Sitzung einen Vorgriff auf die nichtöffentlichen Punkte der Tagesordnung zu machen. Dem wurde einstimmig zugestimmt.

Des Weiteren verwies **Herr OB Koschig** auf die zu Beginn der Sitzung ausgereichte Vorlage DR/BV/444/2011/I-GSB - Bestellung der Mitglieder des Integrationsbeirates. Frau Falkensteiner stehe für Nachfragen zur Verfügung. Da die Vorlage nicht frist-

gemäß vorlag, konnte sie nicht in die Tagesordnung der heutigen Sitzung aufgenommen werden. Es ist aber Ziel, sie am 14.12.2011 im Stadtrat einzureichen. Darum besteht die Bitte, dass der Haupt- und Personalausschuss heute im nichtöffentlichen Teil seine Zustimmung dazu gibt. Dazu gab es Einverständnis. (Die Niederschrift dazu siehe Pkt.11.1, Seite …)

Weitere Anträge auf Änderung/Ergänzung zur Tagesordnung gab es nicht. Sie wurde einstimmig bestätigt.

Im zeitlichen Ablauf der Abarbeitung der Tagesordnungspunkte wurden zunächst die Punkte zu 3. und weiter 10.1 bis 10.6 nichtöffentlich behandelt, bevor wieder Öffentlichkeit hergestellt wurde.

4 Genehmigung der Niederschrift vom 12.10.2011

Die Niederschrift wurde einstimmig bestätigt.

5 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums

Herr OB Koschig informierte über folgende im nichtöffentlichen Teil der Sitzung vom 12. Oktober 2011 gefasste Beschlüsse:

- Bestellung eines ehrenamtlichen Ausländerbeauftragten
- Abschluss eines Fernwärmekonzessionsvertrages
- Grundstücksangelegenheit
  Verkauf eines Objektes Askanische Straße
- Erschließungsmaßnahmen am BioPharmaPark Dessau

6 Bekanntgabe und Begründung von Eilentscheidungen des Oberbürgermeisters

entfallen

7 Anhörung zum Thema Anhalt|800 und Sachsen-Anhalt-Tag 2012 auf

Antrag der Fraktion Die Linke

Der Tagesordnungspunkt schloss sich an die Behandlung der Punktes 9.6 an.

Herr OB Koschig verwies darauf, dass der Antrag auf Anhörung zu den angegebenen Themen von der Fraktion Die Linke gestellt worden war.

Herr Schönemann erklärte, dass die Präsentation auch vor der Landesregierung stattgefunden habe, insofern sei man zeitgleich mit der Information über die Vorbereitung an diesem Thema. Anlass der Anhörung war aber eigentlich ein anderer. In der letzten Sitzung zur Haushaltsplanung 2012 habe man sich zu den eigentlichen Sachgebietsfragen verständigt, wo der Teil ANHALT|800 relativ ausführlich transportiert wurde. Zu Irritationen war es allerdings bei einigen Personalkonstellationen gekommen. Diese haben nicht zuletzt die Außenwirkung unserer Stadt maßgeblich beeinflusst. Hier ging es um den Projektsteuerer und eine mögliche vertragliche Bindung. Für **Herrn Schönemann** erhebe sich die Frage, wie können zukünftig im Prozess der Vorbereitung dieses Ereignisses, bei dem von der Zeit her schon etwas Druck besteht, solche Konstellationen vermieden werden. Vielleicht sage man auch etwas zu den Ursachen. Des Weiteren sei signalisiert worden, dass es nun doch zu einer vertraglichen Bindung mit Herrn Fuchs kommt. Vom Oberbürgermeister erbitte er die persönliche Einschätzung über die Vorbereitung zum eigentlichen Sachstand.

Dazu wolle er gern sprechen, erklärte **Herr Koschig**. Was die Personalien betrifft, sei sein Wunsch, dies im Punkt Personalangelegenheiten (TOP 12) evtl. auch abschließend zu behandeln. Der Kulturausschuss habe ein Votum abgegeben, dass die Wahl des Projektberaters/-steuerers über die Mitwirkung aus dem Stadtrat heraus erfolgen soll. Bisher gibt es keine vertraglichen Regelungen.

Sich Herrn Schönemann anschließend, merkte **Herr Dreibrodt** an, zu dieser Personalie haben die Stadträte erfahren, dass ein Vertrag existierte, anscheinend in mündlicher Absprache, dass der Herr Comouth schon einen Monat gearbeitet hat. Dazu bat Herr Dreibrodt um Erklärung. Nach Einwendungen aus den Reihen der Ausschussmitglieder, ob diese Angelegenheit Teil der Beratung des öffentlichen Teiles sein könne, wies Herr Dreibrodt darauf hin, es gehe um den Sachverhalt, dass jemand arbeiten kann, ohne einen unterschriebenen Vertrag zu haben.

Herr Koschig erklärte, die Frage nur beantworten zu können, indem er auf die Person zu sprechen kommt. Insofern seien die Einwände zutreffend, dass es nicht Angelegenheit des öffentlichen Teils sein kann und er halte sich daran.

Herr Dreibrodt akzeptierte dies, sprach Herr Koschig aber dennoch im öffentlichen Teil eine Missbilligung aus, dass die Personalpolitik, die er hier betreibe, „unter aller …“. sei.

Man habe eine Hauptausschusssitzung gehabt, merkte **Herr Eichelberg** an, in der von Stadträten wirklich explizite Fragen gekommen waren. In dieser habe Herr Koschig gesagt, man sei noch nicht so weit. Zwei Tage später konnte man in den Medien lesen, dass Herr Koschig anscheinend schon erfolgreich mit jemandem verhandelt hat. Das verstehe er nicht.

Hierauf betonte **Herr OB Koschig**, wenn etwas am Mittwochabend noch nicht feststeht, werde er auch nicht darüber informieren. Als es dann sicher war, habe er informiert. Dagegen stellte **Herr Eichelberg**, dass er zumindest hätte signalisieren können, dass er mit einer Person in Verhandlungen steht.

Zur Geschäftsordnung meldete sich **Herr Ehm** und bat, zur Tagesordnung zurückzukommen.

Abschließend merkte **Herr Schönemann** an, er wolle nicht über Herrn Comouth diskutieren. Er wisse aber, dass es u. A. auch seitens des Oberbürgermeisters Schlussfolgerungen aus dem Prozess heraus gibt. Deshalb wolle er die persönliche Rolle und die Wertung von ihm wissen. Damit könne man etwas ausräumen, was bisher missverständlich in der Öffentlichkeit wahrgenommen wird.

Dies sagte **Herr Koschig** zu und kam auf die anstehende **Präsentation** zu sprechen. Er ging auf die Gliederung der Präsentation ein und machte Ausführungen

- zur Darstellung der Karte des Landes Anhalt,
- zu Initiativen zur Begehung des Jubiläums und erste Organisationsschritte zur Vorbereitung (2009) sowie dessen Leitsätze,
- Darstellung des Organigramms
- Darlegungen zu den Arbeitsgruppen, der Lenkungsgruppe und zum Kuratorium
- Vorstellung der Geschäftsstelle und ihrer Aufgaben
- zur Finanzierung
- zur Arbeit der Arbeitsgruppen und zu deren Mitglieder,
- zu Ausstellungen, Projekten, Kolloquien und Tagungen,
- zu Veranstaltungen des Jubiläumsjahres 2012
- und zum Festakt am 3. Februar 2012 im Anhaltischen Theater Dessau.
- Des Weiteren führte Herr Koschig die verschiedensten Projekte und Veranstaltungen auf. Veranstaltungshöhepunkte können der Internetseite entnommen werden, merkte Herr Koschig abschließend an.

Herr Eichelberg bezeichnete die Präsentation durch Herrn OB Koschig als sehr gut. Wie deutlich zum Ausdruck gebracht worden war, stehen wir unter enormem Zeitdruck. Deshalb frage er nach, warum Herr Comouth bis Anfang November nicht einen unterschriebenen Vertrag von der Stadt angeboten bekommen hat. **Herr Koschig** entgegnete, der Vertrag war ausgehandelt und er habe nicht unterschrieben.

Zur inneren Organisation bemerkte **Herr Schönemann,** es habe einige Reibungspunkte gegeben, weshalb er die Frage an Herrn Vorjans richtete, wie er die gegenwärtige Situation einschätzt und wie er aus seiner Sicht den Arbeitsstand zur organisatorischen Arbeit in der Stadt einschätzt.

Herr Vorjans, Leiter des Kulturamtes, führte aus, man hatte natürlich gewisse Anlaufschwierigkeiten. Die heutige Präsentation in Magdeburg war sehr erfolgreich und er denke, es gibt mit Herrn Kuras als Projektleiter eine klare Struktur. Ab Januar werde noch eine weitere Mitarbeiterin in das Organisationsbüro abgestellt, weshalb ein Fortgang gesichert ist. Die Frage sei natürlich, ob es hilfreich sei, noch externen Sachverstand zu haben, was er in jedem Fall bejahen wolle. Weiterhin sei die Frage, wie die Organisation des Sachsen-Anhalt-Tages als gesamtstädtisches Projekt auch

begriffen wird. Sie liege natürlich federführend im Kulturamt, wobei natürlich alle anderen Dezernate ebenfalls gefordert sind. Hier finden auch schon sehr viele Dinge statt. Wichtig wäre, wenn Verantwortlichkeiten über das Kulturamt hinaus definiert würden. Frau Beigeordnete Nußbeck hatte im letzten Kulturausschuss auch angeregt, dass dazu eine entsprechende Beschlussvorlage erarbeitet werden soll, was erfolge. Wenn diese Dinge alle auf dem Weg sind, werde man gut aufgestellt sein, den Sachsen-Anhalt-Tag befriedigend organisieren zu können.

Auf die Frage von Herrn Eichelberg zurückkommend, mahnte **Herr Bönecke** an, wenn man sich dem Thema hier im Ausschuss annehme, sollte man auch offen sprechen. Wie bekannt, habe er in diesen Aktenvorgang Einsicht genommen und wahrgenommen, dass es offensichtlich noch erhebliche rechtliche Bedenken gegen den Vertragsentwurf gab, was die Einbindung in die Struktur, die Frage der Sozialversicherungspflicht, Weisungs- und Zeichnungsbefugnis etc. betraf. Bis zum Ende der Akte, so wie er sie einsehen konnte, fand er keinen Vermerk, der darauf hindeutete, dass es wirklich einen endgültig freigegebenen Vertrag gab. Deshalb bitte er um Beantwortung der Frage, ob es einen bereits von der Stadt gegengezeichneten Vertrag für Herrn Comouth gab, den dieser dann nicht unterschrieben hat.

Es gab einen ausgehandelten Vertrag, der nicht unterzeichnet ist, antwortete **Herr OB Koschig.** Auf Nachfrage von Herrn Bönecke, ob die Akte nicht vollständig war, fügte Herr Koschig an, man sei damit schon wieder in Sachverhalten, die in den nichtöffentlichen Teil gehörten. Man rede nämlich von zwei Verträgen, einmal die begonnenen Gespräche mit Herrn Fuchs und dann die begonnenen Gespräche mit Herrn Comouth.

Hier sei man beim Thema, erklärte **Herr Schönemann.** Es sei der eigentliche Ansatzpunkt, wo es Irritationen gab. Das andere wurde durchaus eindrucksvoll hier geschildert. Er habe aber ein inhaltliches Problem. Herr Koschig verstehe es wunderbar, die Lutherdekade in Szene zu setzen. Letztens habe man sich aber sehr unrühmlich geschlagen, was die kommunale Selbstbestimmung in Fragen Ausstellungs- und Besucherzentrum betrifft. Warum spielt das, was für die Lutherdekade legitim ist, nicht auch für das Bauhaus und dessen Jubiläum eine Rolle. Er sei z. B. nicht einverstanden mit dem Deal, dass man für das Jubiläum die 300 T€ entgegen genommen hat und diesen anderen Teil, der bitter nötig wäre, um das Jubiläum 2019 vorzubereiten, nur mit warmen Zusagen ausgeblendet hat.

Herr Koschig betonte, es werde nicht ausgeblendet. Er habe hier aber ein Problem mit dem Tagesordnungspunkt. Bei ihm sei aus dem Kulturausschuss angekommen, dass es ein dringendes Bedürfnis gibt, eine umfassende Information zum Stand Vorbereitung des Jubiläums ANHALT|800 und im zweiten Teil zum Vorbereitungsstand des Sachsen-Anhalt-Tages zu erhalten. Zu den Fragen bezüglich des Vertragsverhältnisses habe er darauf hingewiesen, dass sie zum Schutz der Personen im nichtöffentlichen Teil zu beantworten sind. Jetzt werde aber zusätzlich ein Thema aufgemacht, das sehr viel weiter greift und womit man sich ebenfalls schon länger beschäftigt.

Man habe versucht, das Bauhaus stärker in das Anhalt-Jubiläum mit aufzunehmen. Hier ist es nicht gelungen, ein spezielles Thema zu kreieren, wo sich die Stiftung Bauhaus direkt in die Vorbereitung einbringt. Die Stiftung Bauhaus ist jetzt gemein-

sam mit der Kulturstiftung Dessau-Wörlitz dabei, für das Anhalt-Jubiläum einen eigenen Beitrag einzubringen, der aber nicht im Rahmen der Lenkungsgruppe oder in einer der Arbeitsgruppen stattfindet. Das heißt, es werde vom Bauhaus Aktivitäten geben und zusätzlich, unabhängig von ANHALT|800, die Vorbereitung des Bauhausjubiläums 2019. Da gibt es schon mehrere Ansätze und man sei dabei, beim Land nachzufassen, inwieweit auch ein Haushaltstitel genehmigt werden kann. Diesen Wunsch habe Herr Koschig in der Kabinettsitzung an das Land herangetragen. Da Herr Dorgerloh auch vorgeschlagen hat, das Bauhaus als Gesamtkonzept aufzulegen, ist er auch selbst stark ins Obligo gegangen, als wir es ohnehin schon vor Ort tun. **Herr Koschig** hoffe, dass das durch die Initiative unserer Landtagsabgeordneten auch mit Erfolg versehen wird.

Unabhängig von diesen Initiativen halte er das Bauhausjubiläum für unterbelichtet, erklärte **Herr Schönemann**. Es ist ungerechtfertigt, dass es so wenig präsent ist. Wenn es korrigiert wird, ist es in Ordnung. Abschließend fügte Herr Schönemann die Bitte an, dass man sich zum Grundkonsens der Resolution des Stadtrates zum Besucher- und Ausstellungszentrum verständigt, ob wir uns mit der Lesart des Landes einverstanden erklären. Er sehe hier maßgeblich die gute Arbeit der letzten Monate oder 1 ½ Jahre gering geschätzt. Insofern sei es auch wichtig, dass man nochmals mit den Verantwortlichen redet, dass es nicht zum Projekt der Selbstdarstellung bestimmter Personen wird. Er wolle, dass die Sache im Vordergrund steht. Deshalb stelle er den **Antrag: Anhörung** zum Thema **Besucher- und Ausstellungszentrum auf der Basis unserer gemeinsam verfassten Resolution.**

Hier nahm **Herr OB Koschig** die Gelegenheit wahr, über ein Schreiben des Ministerpräsidenten des Landes Sachsen-Anhalt an unseren Ratsvorsitzenden, Herrn Dr. Exner, und an ihn gleichlautend vom 17. November 2011 zu informieren. Er zitierte:

„Sehr geehrter Herr Stadtratsvorsitzender, sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, ich danke Ihnen für die Übersendung der Erklärung des Stadtrates der Stadt Dessau-Roßlau vom 26. Oktober d. J. zur Notwendigkeit eines Besucher- und Ausstellungszentrums für das Bauhaus, mit der die Bitte um Unterstützung an Landtag und Landesregierung herangetragen wird. Am 8. November hat das Kabinett im Dessauer Rathaus getagt und sich u. A. ausführlich mit dem Thema Bauhaus, der Vorbereitung des Bauhausjubiläums im Jahr 2019 und den notwendigen baulichen Maßnahmen beschäftigt. Die Landesregierung ist bereit, die Stadt bei der Vorbereitung des Jubiläums zu unterstützen. Vordringlich geht es um die Errichtung eines Besucherzentrums, aber auch die Notwendigkeit zur Verbesserung der Ausstellungsmöglichkeiten wird vom Land gesehen. Stiftung und Stadt sind gebeten, zeitnah Konzepte vorzulegen. Zur Sicherung der notwendigen Finanzmittel sind Prüfaufträge an mehrere Ressorts erteilt und wird das Land auch an den Bund herantragen. Ich bin sicher, mit diesen Beschlüssen sind wir dem gemeinsamen Ziel von Stadt und Land, das Jubiläum zu einem Erfolg werden zu lassen, einen wichtigen Schritt näher gekommen.“

Herr Dr. Neubert plädierte dafür, die Dinge auseinander zu halten. Hier geht es um das Thema Anhalt, wozu wir einen exzellenten Vortrag erhielten. Insoweit gehe es für ihn auch nicht vordergründig um Vorwürfe, die aus personellen Gründen zu machen sind. Was das Thema Bauhaus anbelangt, müsse es wirklich ein Thema bleiben, denn die Rückäußerung des Ministerpräsidenten ist eine absolute Katastrophe bezogen auf die Erwartungen des Landes. Sie ist als Goodwill-Aktion zu verstehen, steht aber weit hinter dem zurück, was wir mit der Resolution angemahnt haben und,

was das Schlimmste ist, den Prozess erneut zu stoppen versucht, als hätten wir bisher nichts getan. Das dürfen wir nicht hinnehmen, darauf muss die Stadt als Ganzes reagieren, wie wir es auch vorher gemacht haben, in der gleichen Geschlossenheit. Anders ist es nicht zu machen.

Zu dem bisher Ausgeführten erklärte **Herr Dreibrodt**, es war sehr interessant und man könne sich schon darauf freuen, was wir im nächsten Jahr mit gestalten und erleben dürfen. Es schwinge aber auch eine bittere Wehmut mit. Hier wies er auf die durchgeführte Gebietsreform hin, die bei einer anderen Gestaltung einen anderen Ablauf ermöglicht hätte. Einspruch dagegen erhob **Herr Kolze**, da die Meinung falsch sei.

Zum Thema zurückführend, wies Herr Koschig auf den Beschluss des Stadtrates hin, sich um die Durchführung eines **Sachsen-Anhalt-Tages** zu bewerben. Der 16. Sachsen-Anhalt-Tag findet nun in Dessau-Roßlau statt. Inzwischen habe der Plakatwettbewerb stattgefunden. Am vergangenen Montag wurde der Siegerentwurf vorgestellt. Veranstalter ist also die Stadt Dessau-Roßlau, man lade gemeinsam mit der Staatskanzlei Sachsen-Anhalt ein.

Herr Koschig habe heute Morgen in der Staatskanzlei über ANHALT|800 gesprochen als Mitveranlassung für den Sachsen-Anhalt-Tag in unserer Stadt und dazu einen kurzen Ausflug in die Geschichte Sachsen-Anhalts gemacht. Er habe über das Netzwerk Anhalt berichtet, ebenso über die Ausstellung Anhalt International, die Standorte und habe die Stadt selbst vorgestellt. Es wurde weiter der Image-Film unserer Wirtschaftsförderung eingespielt und es folgte die Einladung an die Landkreise, sich in die 5 Regionaldörfer mit einzubringen.

Ebenfalls stellte Herr OB Koschig das Festgebiet in der Stadt und die einzelnen Höhepunkte vor. Unter Anderem führte Herr Koschig an, dass wichtige Elemente des Leopoldsfestes in den Sachsen-Anhalt-Tag eingebaut werden. Das Rathauscenter werde zu einem Schloss umgebaut mit einem Festsaal, Küche, Schreibstube und Schlafgemach. Die meisten Veranstaltungen werden im Stadtpark stattfinden. Dort werde sich auch die Landesregierung präsentieren. Medienpartner wird Radio Brocken sein.

Eine Zwischenfrage wurde von **Herrn Dr. Weber** gestellt, wie die Gestaltung des Regionaldorfes ANHALT|800 gedacht sei. Hier sei ersichtlich, dass es ein Regionaldorf Anhalt-Dessau-Wittenberg geben soll. Da sich die Kräfte splitten würden, sollte nochmals überdacht werden, ob diese zusammengelegt werden können.

Herr Kuras antwortete, es war der Wunsch, sich nicht so ganz in dem Anhalt-Dorf zu subsumieren, man wolle an der Tradition festhalten, diese Regionaldörfer, die im Wesentlichen von den Tourismusverbänden bespielt werden, weiter zu machen. Unabhängig davon würde mit den anderen Partnern eine schöne Sache auf dem Schlossplatz gemacht. **Herr Dr. Weber** gab die Empfehlung, sie doch räumlich nebeneinander zu legen. So wären die Akteure zusammen.

Man hätte die Regionaldörfer schon zusammengelegt, schon um einen Gesamteindruck zu erlangen, erwiderte **Herr Kuras**. Diese räumliche Nähe ist aber von den

Landkreisen eigentlich nicht gewünscht, weil zu jedem Regionaldorf eine Bühne gehört.

Im Anschluss legte **Herr OB Koschig** noch dar, die Gäste würden ebenfalls zu den verschiedenen Ausstellung in der Stadt eingeladen, so in das Bauhaus, die Meisterhäuser, Anhalt-International, in das Technikmuseum, Naturkundemuseum usw. Neu bei der Durchführung der Sachsen-Anhalt-Tage sind die sog. Ruheoasen, teilte Herr Koschig mit. Hier könnten der Vordere Tiergarten, der Tierpark oder die Landschaft an Elbe und Mulde besucht und genutzt werden.

Weiter benannte **Herr Koschig** die in der Stadt eingebundenen Partner, wie die Sicherheits- und Sanitätsdienste, Ordnungskräfte oder sämtliche Fachämter. Abschließend stellte er einen weiter untersetzten Zeitplan der Realisierung von Teilprojekten dar, wie Flächenplanung, -nutzung, Elektroenergie, Wasser und Abwasser. Neben den Projektverantwortlichen aus dem eigenen Hause werde der externe Projektberater hinzu gezogen.

Einen herzlichen Dank richtete Herr Koschig an das Jobcenter, welches eine flexible und kurzfristige Unterstützung gewährt. Im Organisationsbüro sind z. Z. 12 AGH-Kräfte tätig. Herr Vorjans sei beauftragt, den Arbeitsumfang, sowohl den Zeitaufwand als auch das erforderliche Zeitfenster zu ermitteln, wofür eigene Mitarbeiter aus den Dezernaten benötigt werden. Nur so könne Herr Koschig an die zuständigen Beigeordneten herantreten, das Personal zur Verfügung zu stellen. In der heißen Phase der Vorbereitung und Durchführung des Sachsen-Anhalt-Tages werden sicher auch bestimmte Tagesaufgaben zurückgestellt werden müssen, da eine höhere Kapazität an Arbeitskräften benötigt wird. Auch das müsse von der Verwaltungsspitze genau abgewogen werden.

Herr Schönemann bedankte sich bei Herrn Koschig für die Ausführungen und stellte ihm abschließend die Frage, ob er die Stadt im terminlichen Korridor eines erfolgreichen Abschlusses und die bis heute aufgetretenen Problem kompensiert sehe. Dies wurde vom **Oberbürgermeister** bestätigt.

Der Tagesordnungspunkt wurde geschlossen.

8 Öffentliche Anfragen und Informationen

Herr OB Koschig informierte darüber, dass der von der Jury einstimmig ausgewählte Pächter für das Kornhaus abgesagt hat. Man habe sich in der Verwaltungsspitze zusammengesetzt und beraten, wie weiter verfahren werden kann und wolle dies mit dem politischen Raum abstimmen. Evtl. könne bereits heute, spätestens zur nächsten Sitzung des Stadtrates eine Arbeitsrichtung festgelegt werden.

Es gebe zwei Möglichkeiten zur Findung eines neuen Pächters:

- Einberufung der Jury und Beratung, inwieweit man die anderen in die engere Wahl gekommenen Bewerber nochmals anspricht. Dies habe zumindest einen

kleinen juristischen Haken, da man in der Ausschreibung von anderen Voraussetzungen ausgegangen sei, als jetzt im Gespräch mit dem Pachtwilligen erreicht wurde und man in der Entwicklung des Vorhabens weiter gekommen ist. Damit ist eine neue Situation entstanden, weshalb vorgeschlagen werde

- nochmalige Ausschreibung, möglichst kurzfristig und nicht nur lokal oder regional.

Weiterhin wurden in den Haushaltsentwurf Gelder eingestellt, um auch bauliche Maßnahmen über unsere Eigentümerpflichten in Gang zu setzen. Es gibt zwei grundsätzliche Arten von Baumaßnahmen am Gebäude: Sanierungsarbeiten, die unabhängig von einem Pächter durchgeführt werden können (Trockenlegung des Gesamtprojektes oder der Sanitäranlagen) und eine Vielzahl von Maßnahmen, die gemeinsam mit dem Pächter besprochen werden müssten. Dazu gibt es vom Amt für Zentrales Gebäudemanagement ein umfangreiches Protokoll. Man war sich eigentlich bis ins Detail mit dem Pachtwilligen einig, weshalb Herr Koschig die dann erteilte Absage nicht verstehen könne. Aus diesem Protokoll gehe auch hervor, über welche Maßnahmen man sich mit dem in der zweiten Runde gefundenen Pachtwilligen verständigen müsse.

Herr Schönemann äußerte die Bitte, dass man klar trennt zwischen der Verpachtungsfähigkeit des Objektes und welcher Pächter kommt. Daraus resultierend sei es auch möglich, Dinge begleitender Natur anzugreifen, wenn es denn um klare konzeptionelle Orientierungen des neuen Pächters geht. Die Fraktion Die Linke votiert dafür, dass völlig neu ausgeschrieben wird, weil die Bedingungen andere sind.

Im Weiteren gab er die Empfehlung, sich mit dem Fachverband in Verbindung zu setzen, dass dieser fachliche Begleitung für das konzeptionelle Angebot geben kann, was natürlich nur empfehlenden Charakter haben könne.

Für eine schnellstmögliche Ausschreibung plädierte ebenfalls **Herr Bönecke**. Parallel dazu sollte das, was im Haushaltsplan eingestellt wurde, ebenfalls schnellstmöglich umgesetzt werden. Er hatte bereits seine Bedenken unter anderen Vorzeichen geäußert, dass wir früher fertig werden. Nun müsse alles dafür getan werden, zu einem neuen Ansatz zu kommen, in der Hoffnung, im April oder spätestens im Mai mit einem neuen Pächter an den Start zu gehen.

Auch er habe am Schluss der Jurysitzung geäußert, erwähnte **Herr Beigeordneter Hantusch,** man wollte sehr viel und stehe nun im Grunde genommen mit leeren Händen da. Insofern plädiere er dafür, dass man den Passus bei der Ausschreibung herausnimmt und klar hineinschreibt, dass er ein vermietbares Objekt übergeben bekommt. Herr OB hatte nachgefragt, ob wir schon jetzt etwas tun können. Im Innenbereich würde er dies auf keinen Fall tun, da es darauf ankommt, welches Konzept der Pächter hat. Im Außenbereich glaube er, dass man diesen relativ schnell hinbekommt, wenn ein Pächter da ist. Ansonsten sollte so schnell als möglich ausgeschrieben werden.

Ergänzend fügte **Herr Bekierz**, Leiter des Amtes für zentrales Gebäudemanagement, an, um die Erwartungshaltung nicht zu hoch zu schrauben, sollte nicht davon ausgegangen werden, dass eine Generalsanierung des Kornhauses stattfindet. Das würde ganz andere Finanzen benötigen. Man werde einen guten, vermietbaren Zustand haben und es wird ein Pächter gesucht, der ansprechende Räumlichkeiten an-

bietet und ein ansprechendes Konzept hat. Dennoch werde versucht, aus den Erkenntnissen, die jetzt im Bauhaus entstanden sind, auch im Kornhaus zu einer energetischen Sanierung zu kommen. Bis das aber funktioniert, werde man frühestens bei 2013/2014 sein.

Herr Oberbürgermeister Koschig stellte fest, aus den Wortmeldungen die Zustimmung des Haupt- und Personalausschuss für diese Neuausschreibung und für die Vorbereitung der baulichen Maßnahmen entnommen zu haben.

Der öffentliche Teil der Sitzung wurde geschlossen und es folgte die Fortsetzung in nichtöffentlicher Beratung mit dem Punkt 10.7.

9 Beschlussfassungen

9.1 Strukturänderung für das Sachgebiet Freiraum- und Grünplanung des Amtes für zentrales Gebäudemanagement
Vorlage: DR/BV/405/2011/II-10

Die Vorlage wurde zur Kenntnis genommen.

9.2 Befugnisse des LRH gemäß § 129 GO LSA (§ 176 GO LSA Kommune mit kameralistischer Haushaltsführung) und § 54 HGrG bei der Prüfung von kommunalen Unternehmen
Vorlage: DR/BV/416/2011/II-20

Zur Vorlage merkte Frau Beigeordnete Nußbeck an, es gehe nur um die Klarstellung, dass nur dem eigenen Rechnungsprüfungsamt das Prüfrecht eingeräumt wird.

Dem Beschlussantrag wurde mehrheitlich zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: 9:0:1

9.3 Genehmigung einer außerplanmäßigen Ausgabe für Vorfälligkeitsentschädigung für die vorfristige Rückzahlung eines Kredites in Höhe

von 389.600,00 EUR.
Vorlage: DR/BV/422/2011/II-20

Der Beschluss wurde einstimmig gefasst.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

9.4 Neufassung der Betriebssatzung des Städtischen Klinikums Dessau
Vorlage: DR/BV/401/2011/II-30

Die Vorlage wurde durch Frau Beigeordnete Nußbeck für diese Sitzung zurückgezogen, da noch eine Klärung zum § 3 - Gemeinnützigkeit - erfolgen muss.

9.5 Neufassung der Betriebssatzung des Eigenbetriebes Stadtpflege
Vorlage: DR/BV/406/2011/II-EB

Herr Schönemann bat um explizite Darstellung der Unterschiede. Hierzu erläuterte **Frau Nußbeck,** dass eigentlicher Grund der Neufassung war, dass Aufgaben hinzugenommen (Grünpflege und Straßenbeleuchtung) und Aufgaben (Fäkalentsorgung) abgegeben wurden. Des Weiteren standen Vereinheitlichungen als Grund an und im Punkt 4 formale Dinge.

Die Vorlage wurde einstimmig angenommen.

Abstimmungsergebnis: 10:00:00

9.6 Grundstücksangelegenheit
Vermarktung des Objektes Waldbad - Wiedervorlage -
Vorlage: DR/BV/185/2011/VI-80

Frau Guth, Amtsleiterin Wirtschaftsförderung, stellte voran, es handele sich um die Wiedervorlage aus dem Juni d. J. Damals habe man sich verständig, dass man sie zurückstellt, bis das Gutachten des Gutachterausschusses vorliegt. Dieses lag am 14. November vor. Frau Guth gab inhaltliche Erläuterungen. Abschließend sprach sie die Bitte aus, das Waldbad im Amtsblatt des Monats Januar zur Abgabe eines Angebotes ausschreiben zu dürfen. Das sei abweichend zu der damaligen Beschlussvorlage.

Herr Bönecke bedankte sich zunächst für die Vorab-Übergabe des Textes der Ausschreibung. Dennoch bleiben Fragen inhaltlicher Art. Bereits vor etwa 5 Jahren gab es Bestrebungen eines Dessauer Unternehmens im Zusammenhang mit der Nutzung des Gaststättenbereiches. Dazu gab es s. E. auch ein Wertgutachten, weshalb er nun irritiert sei, dass man im jetzigen Verfahren für die gesamte Gebäudestruktur einen Wert habe, der das Ergebnis maßgeblich beeinflusst. Jetzt sei er umso mehr entsetzt, weil bereits damals kein Weg dahin führte, sich im Bereich des Verkehrswertes zu bewegen und damit die Investition an dem Standort zuzulassen. Folge ist, dass wir jetzt möglicherweise tatsächlich nur noch einen Gebäudewert von 1,- € haben. Zu dieser Diskrepanz erbitte er eine Antwort.

Darüber hinaus sei in der Ausschreibung noch ein Satz enthalten, der zwar dem grundsätzlichen politischen Konsens Rechnung tragen soll, allerdings dem Ertrag eines solchen Interessenbekundungsverfahren zuwider läuft. Die Stadt hat ja das Ziel, größtmögliche Einnahmen aus einer Vergabe des Objektes zu ziehen. Wenn man sich die Option einer Erschließung verschließe, eine andere Nutzung als den öffentlichen Badebetrieb, beeinflusst das den Verkehrswert und damit auch das Bieterverhalten. An der Stelle sollte man sich also die Option offenlassen. Einleitend ist ausführlich aufgeführt, dass es gewünscht ist, diesen Betrieb fortzuführen. Herr Bönecke denke, das ist ausreichend. Es als Bedingung in die Ausschreibung aufzunehmen, halte er eher für schädlich vor dem Hintergrund des genannten Zieles.

Zum Zeitraum 2005/06 bestätigte **Frau Guth**, es sei richtig, dass es seinerzeit Verhandlungen zum Verkauf eines Teilbereiches des Waldbades, sprich der Gaststätte gegeben hat. Es gab ein Gutachten. Den darin enthaltenen Verkehrswert konnte der Kollege, welcher das damals bearbeitete, nicht ganz nachvollziehen. Es gab dann Kaufpreisverhandlungen. Man verfuhr damit ähnlich wie beim Objekt Adria. Der damals so hoch angesetzte Preis für das Gebäude, der auch so verhandelt wurde, betrifft aber nicht nur den Gebäudezustand selbst, sondern seinerzeit sollte nur die Gaststätte veräußert und betrieben werden. Zum jetzigen Zeitpunkt reden wir von dem Betrieb eines öffentlichen Bades, den die Kommune in den letzten Jahren sehr hoch bezuschusst hat. Wenn wir Wert darauf legen, dass das öffentliche Bad erhalten bleibt, schlägt das natürlich bei der Gesamtwertermittlung zu Buche. Seinerzeit war vorgesehen, dass der Interessent dort seine Produktion für seinen Partyservice und einen Gaststättenbetrieb mit Saisongeschäft vornimmt, aber nur in dem Teilbereich. Insofern war der Kaufpreis, wie er damals verhandelt wurde, durchaus gerechtfertigt. Weshalb der Interessent damals von seiner Kaufabsicht zurückgetreten ist, ist uns leider nicht bekannt.

Was die Frage zur öffentlichen Nutzung als Bad betrifft, gab es schon mehrfach Gespräche, dass ausdrücklich die öffentliche Nutzung gewünscht wurde. Insofern wurde dies auch in die Vorlage übernommen. Bisher war das auch immer der Auftrag.

Der Grund und Boden des gerade im vorderen Bereich begrenzten Teiles ist mit etwa einem Viertel des jetzt genannten Gesamtwertes im Verhältnis zur Fläche genannt, merkte **Herr Bönecke** an und hinterfragte damit die Wertansätze der vorliegenden Ausschreibung im Zusammenhang mit dem Betrieb eines Bades und der Wiederinbetriebnahme einer Gaststätte. Seines Erachtens müsse man die gleichen Wertansätze einfließen lassen und nicht sagen, wir haben jetzt nur noch einen Euro. Er frage, woher der Wertverlust komme.

In ihrer Antwort verwies **Frau Guth** darauf, dass ein Verkehrswertgutachten erstellt wurde und ging auf den Inhalt der Vorlage ein, wo die Bewertung genau beschrieben wurde. Wenn es also Teile sind, die nicht mehr marktfähig sind, werden sie vom Gutachterausschuss des Landes auch so eingepflegt. Des Weiteren können in der Anlage 1 die Zuschüsse aus den Vorjahren entnommen werden. Wenn diese von den möglichen Erträgen abgezogen werden, um das Gesamtobjekt als öffentlich genutztes Bad wieder zu betreiben, wirkt sich das nicht gering aus. Eine Vergleichsrechnung bei unterschiedlicher Nutzung könne ebenfalls in der Anlage der Vorlage eingesehen werden.

Die Beschlussvorlage wurde mehrheitlich bestätigt.

Abstimmungsergebnis: 9:1:0

11.2 Sonstige nichtöffentliche Anfragen und Informationen

Es gab keine Wortmeldungen.

14 Schließung der Sitzung

Die Sitzung wurde geschlossen.

Dessau-Roßlau, 10.07.13

_____

Klemens Koschig
Vorsitzender Haupt- und Personalausschuss Schriftführer